Deutsche Umwelthilfe

Workshop
„Kleine Kommunen – großer Klimaschutz!“
Hemmingen, 15.Oktober 2009

Protokoll der Abschlussdiskussion „Perspektiven des kommunalen Klimaschutzes in kleinen und mittleren Kommunen“

1. Ausgangsfragestellungen

Für die Diskussion wurden folgende Ausgangsfragen formuliert:

Ausgangsfrage

- Haben kleinere Kommunen besonders große Chancen im Klimaschutz erfolgreich zu sein?
  Was spricht dafür? Was spricht dagegen?

Weitere Leitfragen für die Diskussion

- Welchen regionalen Mehrwert können kleine Kommunen durch kommunalen Klimaschutz generieren?
  Klimaschutz als Wirtschaftsfaktor?
  Wie profitieren die Kommunen konkret?
- Worin müssen kleine und mittlere Kommunen besonders stark unterstützt werden, um Klimaschutz sinnvoll betreiben zu können und konkrete Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen?
- Wie können Kommunen kooperieren, um Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen?
- Was halten kleine und mittlere Kommunen von Klimaschutz als kommunaler Pflichtaufgabe?

Fotos: DUH, Carola Monix

2. Diskussionsergebnisse

Haben kleinere Kommunen besonders große Chancen erfolgreichen Klimaschutz zu betreiben?

Was spricht dafür?	Was spricht dagegen?
Bodenständige Menschen in ländlichen Kommunen → fühlen sich verpflichtet im Hinblick auf die Daseinsvorsorge in ihren Kommunen und setzen sich für ihre Kommune ein. Ein Teilnehmer prägt den Begriff der „mentalen Investoren“, die sich ideell stark für Klimaschutz einsetzen können und in der Folge auch Bereitschaft zum finanziellen Engagement zeigen.	**Keine Ressourcen, kein Personal → alles läuft nebenbei** **Lösungsansätze**: • Menschen des 2. Arbeitsmarktes eine Fortbildung zum Energieberater ermöglichen und als kommunale Energiemanager einsetzen; • Ältere Menschen in der Verwaltung, deren ursprüngliches Aufgabengebiet weggefallen ist und die neue Aufgaben zugeweisen bekommen sollen, z.B. im Handlungsfeld „Energiemanagement, Energiecontrolling“ umschulen; • Fördermöglichkeiten „Klimaschutzinitiative“: 80%-Förderung für 3 Jahre, dadurch konnte z.B. in Hemmingen eine Stelle für Fachpersonal im Bereich Klimaschutz geschaffen werden; • Contracting Anlagen- und / oder Einsparcontracting als Finanzierungsmöglichkeiten für Kommunen, um die kommunale „Energieinfrastruktur“ zu sanieren (Voraussetzung ist allerdings Verwaltungspersonal, das eine Contractingausschreibung durchführen und beurteilen kann, bzw. eine neutrale Beratungseinrichtung wie eine Landesenergieagentur bzw. regionale Energieagentur, die Kommunen bei der Ausschreibung unterstützen).
Größere Verpflichtung der Mitarbeiter von kleineren und mittleren Kommunen auch im Klimaschutz erfolgreich zu sein, da diese einen lokalen Bezug zu ihrer Kommune haben und sich auch als Mitarbeiter stärker mit dem Gemeinwesen identifizieren.	**Politische Entscheidungen hängen stark an einzelnen Personen, die alles blockieren können** **Lösungsansätze:**: • Regionale Klimaschutzagenturen als Partner für die Kommunen gewinnen. Sie informieren, beraten kommunale

		Entscheidungsträger, begleiten Anträge; • Andere Mentoren außerhalb der Kommune suchen wie z.B. Bundestags- oder Landtagsabgeordnete, die sich für Klimaschutz in ihrem Landkreis/Wahlkreis einsetzen und die Bedürfnisse der Kommunen im Klimaschutz auch in Berlin bzw. in den Länderparlamenten artikulieren können; • Expertisen von externen Ingenieur-Büros, Klimaschutzagenturen etc. einholen, da externe Meinungen gerade in kleineren Kommunen oft mehr zählen als die der kommunalen Mitarbeiter.
Überschaubarkeit, die vor allem auch beim Energiemanagement / Energiecontrolling von entscheidendem Vorteil sein kann, z.B. • bei der Verbrauchsdatenerfassung, weil eine überschaubare Anzahl relevanter Liegenschaften vorhanden ist, • Nutzerstruktur von kommunalen Liegenschaften: man kennt Nutzer persönlich und Hinweise zum Energiesparen können unmittelbarer an den Mann / die Frau gebracht werden		Bürgermeister/in kleinerer Kommunen ist durch direkten Draht zu den Bürgern belastet, weil jeder sich direkt bei ihm / ihr beschweren kann, wenn z.B. unpopuläre Energiesparmaßnahmen in Schulen und Sporthallen durchgeführt werden. Teilweise knicken die politischen Entscheidungsträger dann ein, und sinnvolle Maßnahmen werden zurückgenommen.
Mit geringen Mitteln kann in kleineren Kommunen relativ schnell viel erreicht werden → CO_2-neutrales Wirtschaften ist schneller erreichbar als in mittelgroßen Städten und Großstädten		
Im ländlichen Raum existiert tendenziell ein höherer Anteil an Hauseigentümern, so dass Eigentümersanierungen wahrscheinlicher sind und die energetische Aufwertung eher vorankommen kann. Wichtige Voraussetzung von kommunaler Seite hierfür: Öffentlichkeit mitnehmen, sinnvolle Maßnahmen gut kommunizieren. Die örtliche Handwerkerschaft muss die Gebäudesanierung als wichtiges Wertschöpfungspotenzial erkennen.		**Demografische Entwicklung steht im ländlichen Raum z.T. der energetischen Gebäudesanierung entgegen**: Ältere Menschen (ab 65) auf dem Land erleben die Amortisationszeit von Klimaschutzmaßnahmen (beispielsweise beim Einbau einer neuen Heizungsanlage) nicht mehr und stehen Investitionen auch deshalb kritisch gegenüber, weil sie nicht davon ausgehen, dass ihre Nachfahren die sanierten Immobilie zu einem vernünftigen Preis verkaufen können; Handwerker beraten z.T. sehr kontraproduktiv und Banken vergeben hohe Kreditsummen für Sanierungen an ältere Menschen nur sehr

		zögerlich oder gar nicht. **Lösungsansätze:** Die regionalen Energie- und Klimaschutzagenturen sollten den mit ihnen kooperierenden Handwerker eine klimaschutzgerechte Beratung älterer Immobilienbesitzer nahe legen. Leider gibt es im ländlichen Raum tendenziell weniger regionale Energieagenturen, die auf eine sinnvolle Beratung von Handwerkern hinwirken könnten.

3. Weitere Diskussionspunkte

- **Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe**
  Die Mehrzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sieht nicht, dass sich die Voraussetzungen in kleineren Kommunen grundlegend ändern würden, wenn Klimaschutz zur kommunalen Pflichtaufgabe deklariert würde.
  Ein Teilnehmer betont, dass beispielweise im Bundesland Niedersachsen das Prinzip der Konnexität verankert ist. Das bedeutet, dass das Land Niedersachsen Klimaschutz zwar als Pflichtaufgabe für die Kommunen definieren kann, dann aber auch durch das Konnexitätsprinzip dazu verpflichtet ist, Finanzmittel zur Umsetzung der Aufgabe bereit zu stellen.
  Von Länderseite wird in der seit Jahren angespannten Finanzlage der Schritt zu einer solchen Vorgabe nicht erwartet.
  Selbst wenn Klimaschutz zur Pflichtaufgabe würde, ist eine Ausstattung der Kommunen mit Finanzmitteln zur Erfüllung dieser Aufgabe noch lange nicht gewährleistet und gesichert. Insofern würde sich nichts in Bezug auf die momentane Situation in den Kommunen ändern, so zumindest die Auffassung der Mehrzahl der Teilnehmenden.
  Aufgrund der Finanzsituation vieler Kommunen kommt der Klimaschutz, sofern er mit kommunalen Investitionen verbunden ist, nur in „Trippelschritten“ voran, was der Bedrohung durch den Klimawandel natürlich in keinster Weise entspricht.
  Ob die ergriffenen Sanierungsmaßnahmen, die in Kommunen im Rahmen des sogenannten „Konjunkturpaketes II“ gefördert werden, an dieser Situation grundlegend etwas ändern, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgesehen werden und bleibt aus Sicht einiger Teilnehmer zumindest fraglich.

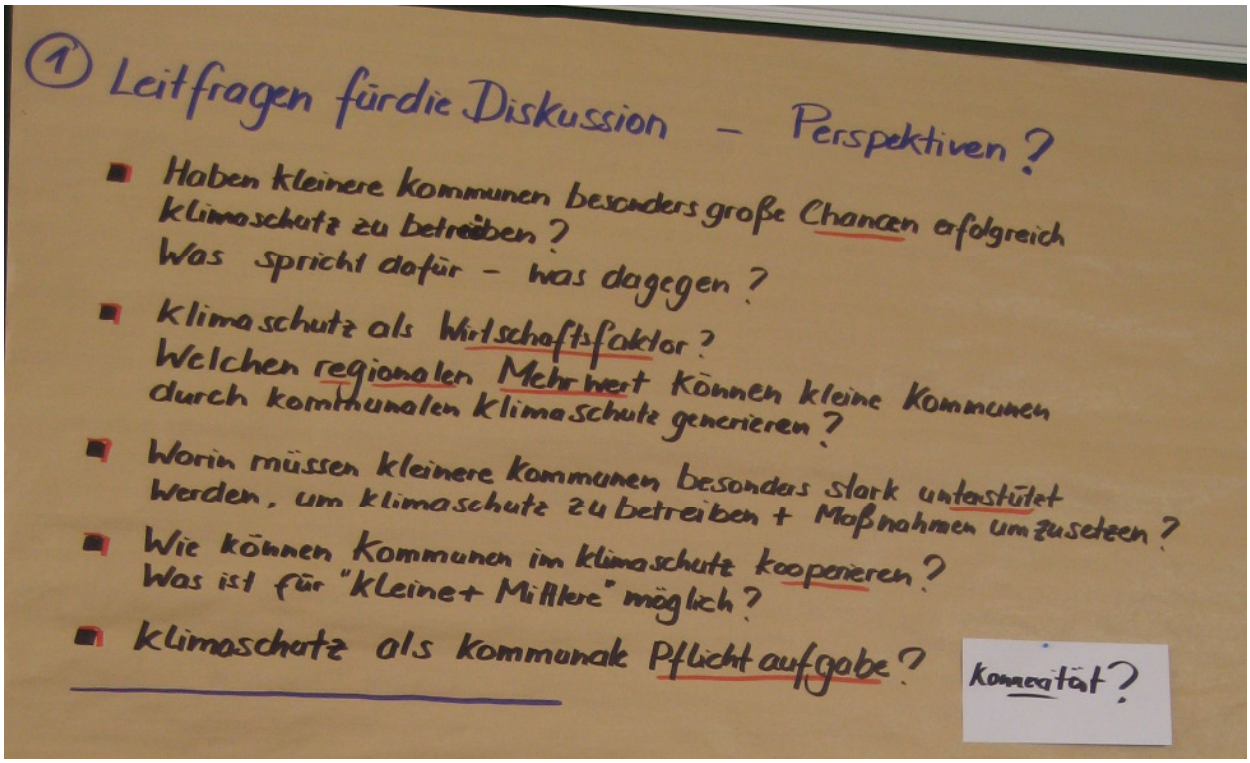
- **Interkommunale Kooperation**
  Interkommunale Kooperationen im Rahmen einer „Klimaschutz-Zusammenarbeit“ zur Entlastung der Finanzhaushalte sind z.B. denkbar in den Bereichen des Energiemanagements oder auch des Contractings.
  Beispielsweise können mehrere kleinere Kommunen gemeinsam die Stelle eines / einer Energiebeauftragten /-manager/in finanzieren, der die Liegenschaften kommunenübergreifend betreut.
  Denkbar ist auch eine kommunenübergreifende Contractingausschreibung.
  Im Bundesland Nordrhein-Westfalen gibt es Beispiele dafür, dass sich Contractingvergaben auf die Liegenschaften mehrerer Kommunen beziehen.

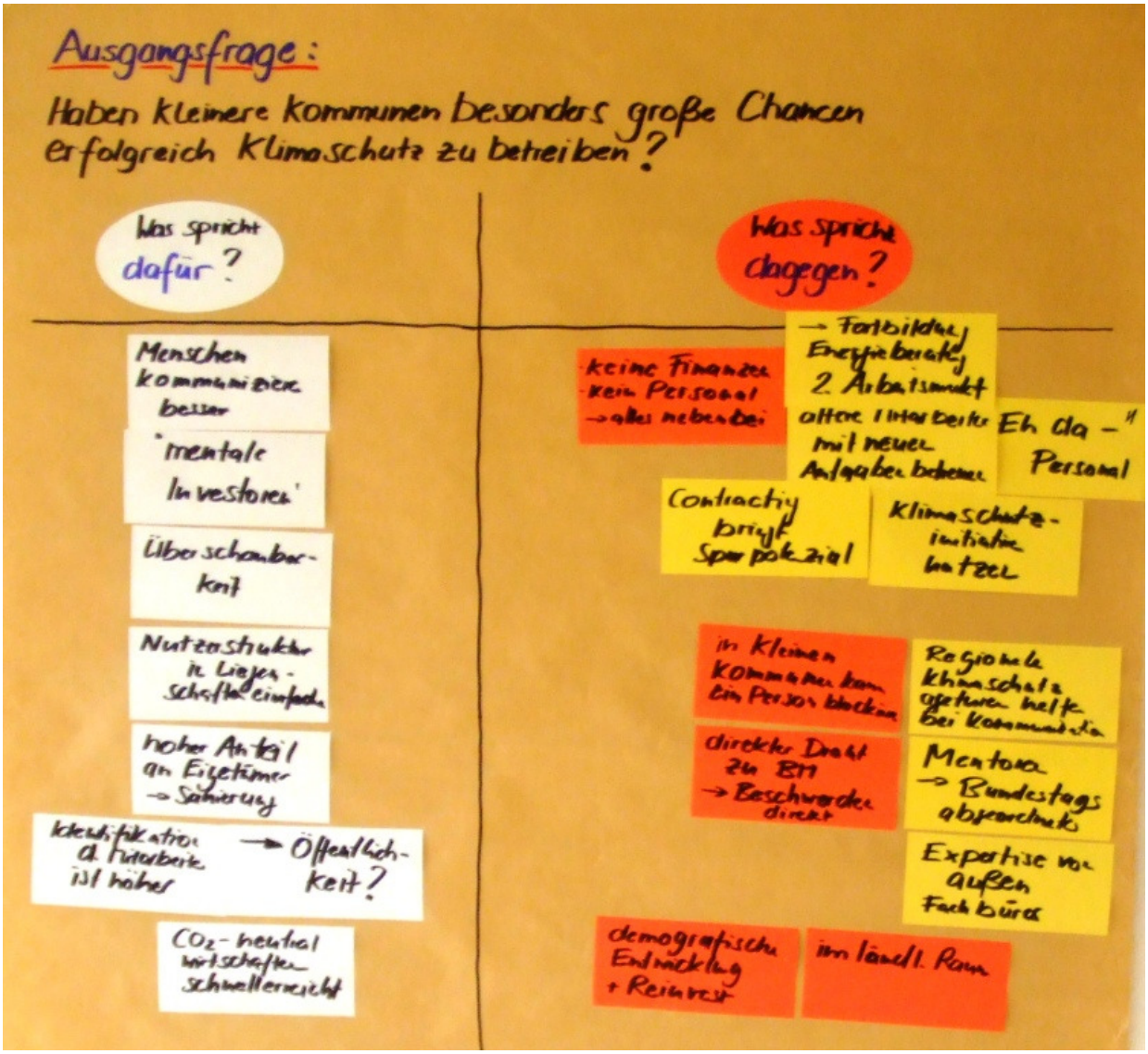
4. Abschließendes Fazit

Insgesamt bestätigen die Teilnehmenden, dass das Thema „Klimaschutz“ auch in kleinen und mittleren Kommunen angekommen ist. Besonders in den Bauämtern werden die baulichen Möglichkeiten des kommunalen Klimaschutzes diskutiert. Das bestätigen auch die Referenten der am Workshop teilnehmenden Beratungseinrichtungen *Energieagentur NRW* und *Klimaschutzagentur der Region Hannover*, Herr Tögel und Frau Wostradowski, aus ihrer Sicht.
Noch sehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aber auch gravierende Hemmnisse, die es zu überwinden gilt, damit Klimaschutz in kleinen und mittleren Kommunen den Stellenwert erhält, der ihm auch unter finanziellen Gesichtspunkten zusteht.
In den Kommunalparlamenten wird das kommunale Handlungsfeld „Klimaschutz“ zwar verstärkt unter dem Aspekt der Einsparmöglichkeiten durch Energiemanagement diskutiert. Der Aspekt der kommunalen oder regionalen Wertschöpfung durch kommunale Investitionen in Sanierung und den Ausbau erneuerbarer Energien wird jedoch kaum erörtert, da man an Ausschreibungsvorgaben gebunden ist und somit nicht sichergestellt werden kann, dass lokale Handwerker tatsächlich von Investitionsmaßnahmen profitieren.
Klimaschutz als „kommunales Konjunkturprogramm“ wird vor dem Hintergrund der teilweise katastrophalen Lage der kommunalen Finanzhaushalte zwiespältig gesehen. Impulse für die lokale Wirtschaft sind hier in der Regel nur mit Unterstützung des Bundes und/oder der Länder möglich (Stichwort: Konjunkturpaket II).
Verschiedene Teilnehmerinnen und Teilnehmer verweisen darauf, dass Klimaschutz in den Kommunen keine wirkliche Lobby hat, der Workshop aber Ansätze gezeigt hat, wie dies zu verändern wäre.
Wieder stark steigende Energiekosten werden auch zukünftig zu Investitionen in Energiesparmaßahmen und alternative Formen der heute bekannten Energiebereitstellung seitens der Kommunen führen.

Workshop „kleine Kommunen – großer Klimaschutz!“ – Fotoprotokoll

1. Ausgangsfragestellungen



Ergebnisse siehe folgende Seite.

2. Ergebnisse der Diskussion